

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 6. März 2019

969. 2018/422

Weisung vom 07.11.2018:

Sozialdepartement, Verein Caritas Zürich, Angebote «Legitimationskarte KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar», Beiträge 2019–2021

Antrag des Stadtrats

Dem Verein Caritas Zürich wird für die Jahre 2019–2021 ein jährlicher Maximalbeitrag von insgesamt Fr. 84 500.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) gewährt für:

- a. das Angebot «Legitimationskarte KulturLegi» (jährlich leistungsorientiert höchstens Fr. 49 500.–) sowie für
- b. das Angebot «Zürich unbezahlbar» (jährlich höchstens Fr. 35 000.–).

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Mathias Manz (SP): *In der Stadt leben 42 000 Menschen mit tiefem Einkommen und Vermögen. Aufgrund ihrer finanziellen Lage haben sie oft Schwierigkeiten, am gesellschaftlichen Leben adäquat teilzunehmen und laufen Gefahr, dadurch sozial ausgegrenzt und isoliert zu werden. Der Verein Caritas Zürich ermöglicht mit seinen Angeboten «Legitimationskarte KulturLegi» und «Zürich unbezahlbar», dass Personen, die Sozialleistungen beziehen oder über ein tiefes Einkommen verfügen, weiterhin den Zugang zu Sport-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsangebote erhalten. Das Ziel ist stets, die gesellschaftliche Teilnahme und die soziale Integration zu fördern. Die KulturLegi ist ein persönlicher Ausweis für Menschen, die arm sind oder sogar unter dem Existenzminimum leben. Sie erlaubt den vergünstigten Besuch von diversen Angeboten in der Stadt und der gesamten Schweiz. Dabei werden Rabatte von bis zu siebenzig Prozent gewährt. Die Karte muss jährlich neu beantragt werden, wobei jeweils überprüft wird, ob die betroffene Person Anspruch hat. Im ersten Jahr ist die KulturLegi kostenlos, danach kann die Karte zu einem geringen Betrag beantragt werden. Für Kinder ist sie stets kostenlos. Die KulturLegi ist sehr erfolgreich: Im Jahr 2017 konnten über 12 000 Personen Veranstaltungen oder Kurse zu einem ermässigten Preis besuchen. Die meisten bisherigen Nutzerinnen und Nutzer verlängern ihre Karte um ein weiteres Jahr. Zurzeit bietet die KulturLegi Vergünstigungen bei 400 Angeboten an. Jährlich kommen 50 neue Angebote dazu. Damit darf festgestellt werden, dass die KulturLegi auch für Anbieterinnen und Anbieter sehr attraktiv ist. Der Stadtrat unterstützt das Angebot seit dem Jahr 2007 in eigener Kompetenz mit einem Beitrag von 49 500 Franken. Die Webseite «Zürich unbezahlbar» ist ein Online-Stadtführer und stellt kostenlose und tagesaktuelle Angebote im Bereich Kultur, Sport und Freizeitaktivitäten übersichtlich zusammen. Die Angebote können auch von Anbieterinnen und Anbietern selbst verfasst werden. Die Prüfung und Publikation erfolgen an zentraler Stelle. Zurzeit werden jährlich 280 Angebote freigeschalten.*

Die Website wurde im Jahr 2015 als ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit einem externen Partner entwickelt und in Betrieb genommen. Das bisherige Print-Angebot konnte damit günstig abgelöst werden. Das dreijährige Pilotprojekt zeigte, dass die Webseite immer häufiger besucht und konsultiert wird. Die technische Entwicklung ist abgeschlossen und der Stadtrat will, dass das Webangebot in den Regelbetrieb überführt wird, indem ein Maximalbeitrag in der Höhe von 35 000 Franken gesprochen wird. Damit erhöht sich der Gesamtbeitrag für beide Angebote des Vereins Caritas Zürich, weshalb neu der Gemeinderat zuständig ist. Der Stadtrat beantragt einen jährlichen Maximalbeitrag von 84 500 Franken. Die Mehrheit der Kommission folgt diesem Antrag. Die Stadt bietet ein breites Spektrum unterschiedlicher Freizeitangebote. Eine Vielzahl davon bleibt aber Personen mit sehr knappem Budget verschlossen. Wir erachten die KulturLegi sowie «Zürich unbezahlbar» als zielführende Mittel, damit auch diese Menschen den Besuch der Angebote für einen für sie bezahlbaren Betrag in Anspruch nehmen können.

Kommissionsminderheit:

Walter Anken (SVP): *Die SVP lehnt die Weisung ab. Der Verein Caritas Zürich nimmt jede Gelegenheit wahr, gegen die SVP Stimmung zu machen. Er scheint sehr viel Geld zur Verfügung zu haben, dass er sich stets politisch einseitig einmischen kann. Wir prüfen stets die Absichten der Menschen, bevor wir Aussagen Glauben schenken. Persönliche Erfahrungen von SVP-Fraktionsmitgliedern zeigen, dass es Menschen gibt, die finanziell sogar sehr gut dastehen und trotzdem über eine KulturLegi verfügen. Wir fragen uns zurecht, warum das möglich ist. Wir glauben nicht, dass die Verwaltung über die Möglichkeit verfügt, seriös zu prüfen, ob ein Anspruch auf eine KulturLegi besteht. Denn aus Datenschutzgründen ist es nicht möglich, die Steuerdaten zu überprüfen. Wie kann das Anrecht aber ohne Steuerdaten überprüft werden? Die massive Zunahme seit dem Jahr 2007 um den Faktor zwölf zeigt, dass sie sehr beliebt ist und darum kein Grund zum weiteren Ausbau besteht. Ungebremstes und unkontrolliertes Wachstum lehnt die SVP ab. Stetiger Ausbau, Deutschkurse, Kinderbetreuung und vieles mehr – dass das nun auch vergünstigt werden sollte, bedeutet einen massiven Ausbau der Kosten, weshalb wir das ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Es handelt sich um eines der sehr sympathischen, wichtigen und niederschweligen Angebote, mit denen armutsbetroffene Menschen Bildungs-, Sport-, Kultur- und teilweise auch Gesundheitsangebote in Anspruch nehmen können. Auf eine einfache Art können Menschen mit dem Ausweis gratis oder vergünstigt teilnehmen. Damit kommen wir der Chancengleichheit ein Stück näher. Es ist traurig, wenn man nicht bereit ist, diesen sehr tiefen Betrag zu sprechen; wenn man sich beleidigt fühlt, wenn die Caritas Stellung bezieht und manchmal Gegenaussagen zur SVP macht. Die Caritas ist bereit, Studien zu erstellen und zu schauen, wie die Armutsbetroffenheit in der Schweiz und in der Stadt tatsächlich ist. Dort stimmen die Statistiken der SVP teilweise nicht, was die Caritas benennt. Es ist bitter, wenn Gift gesprüht wird, weil einige Missbrauchsfälle gefunden werden, die in jedem System vorhanden sind. Die allermeisten Menschen sind aufs Dringendste darauf angewiesen und es werden genaue*

Abklärungen gemacht. Dass das Angebot beliebter wird, heisst auch, dass es mehr Betroffene gibt. In einer der reichsten Städte der Welt leben sehr viele Menschen an der Armutsgrenze. In Bezug zum folgenden Postulat wollen wir das gute Angebot selbstverständlich allen, die betroffen sein können, bekannt machen. Falls es zu einem Ansturm kommen wird, müssen wir gegebenenfalls die Subvention überprüfen. Das Wichtigste ist aber, dass alle, die an der Armutsgrenze leben, das wichtige Angebot kennen.

Mathias Manz (SP): Dass ohne Zugang zu den Steuerdaten das Anrecht nicht überprüft werden kann, ist nicht der Fall. Die betroffenen Menschen müssen einen Nachweis erbringen. Es geht hier um das Angebot, nicht um die Einzelmeinung.

Walter Anken (SVP): Es ist zu einfach, auf die Tränendrüse zu drücken. Dass wir den armen Menschen etwas nicht gönnen, ist eine falsche Behauptung. Es geht uns darum, dass die verwendeten Steuergelder den Menschen zugutekommen, die darauf angewiesen sind. Ohne die Steuerdaten kann nicht sichergestellt werden, dass die richtigen Leute vom Angebot profitieren können. Unser Ziel ist, dass seriös geprüft wird und das kann nur über die Steuerdaten erfolgen. Mitglieder aus unserer Fraktion kennen Menschen persönlich, die eine KulturLegi beziehen, obwohl es ihnen sehr gut geht. In der Weisung wird aufgeführt, dass 42 000 Menschen an der oder unter der Armutsgrenze leben. Wie ohne Steuerdaten eine solche Zahl ermittelt werden kann, ist genauso unklar.

Samuel Balsiger (SVP): Mit der KulturLegi werden dreissig bis fünfzig Prozent Rabatt gewährt – beispielsweise auf einen Theatereintritt. Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Menschen, der unter der Armutsgrenze lebt: Sie behaupten, dass jemand, der gegen Ende des Monats nicht mehr weiss, was er essen wird, mit dreissig Prozent Rabatt eine Theateraufführung besuchen wolle. Mit solchen Aussagen über von Armut betroffene Menschen wollen sie sich profilieren. Ein tatsächliches Problem in der Schweiz sind die Krankenkassenprämien. Die SP führte das System vor über 25 Jahren ein; Ruth Dreifuss versprach damals, dass die Prämien langfristig nicht steigen, sondern sinken werden. Im Bundesparlament ist es die SP, die die meisten Interessenverbindungen und Mandate zur Gesundheitslobby hat. Es sind die hohen Prämien, die den Menschen das Geld entziehen. Anstatt das Gesundheitssystem zu reformieren, wird nun eine Show für die eigene Klientel geboten.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Auch ich stellte einen Antrag für eine Klientin für die KulturLegi, weil sie eine der Menschen ist, die unter dem Existenzminimum lebt. Selbstverständlich wird für den Erhalt der KulturLegi die Steuerrechnung mitgebracht. Darin wird das Vermögen und das steuerbare Einkommen aufgelistet. Wenn einzelne Menschen, die Millionäre sind, anhand von ihrer Steuerrechnung eine KulturLegi beziehen können, liegt das am Steuergesetz, das von den Bürgerlichen geschrieben wurde und Steueroptimierungen ermöglicht. Die Medien berichteten über den Multimillionär Emil Frey, der jahrelang keine Einkommenssteuern bezahlte, weil er sogenannt wenig verdiente. Das wird durch unser Steuergesetz ermöglicht und theoretisch hätte er somit die Möglichkeit gehabt, die KulturLegi zu beantragen. Glücklicherweise gibt es Angebote, die vollständig gratis sind: Wenn man gar kein Geld hat, besteht die Möglichkeit, gewisse Sportangebote zu nutzen. Die Krankenkassenprämien steigen leider permanent, weil

das bürgerliche Parlament auf der nationalen und auf der kantonalen Ebene immer weniger Geld ins Gesundheitswesen einzahlt und dafür immer mehr den einzelnen Prämienzahlerinnen und -zahlern überwälzt.

Urs Fehr (SVP): Wir stehen zur Steueroptimierung, sie ist vollständig legal. Steuerhinterziehung und Steuerbetrug verurteilen wir. Wir sind sehr solidarisch; anstatt auf die Tränendrüse zu drücken, muss eingesehen werden, dass es auch den Armen verhältnismässig relativ gut geht: Sie müssen keine Empfangsgebühren bezahlen, verfügen über eine Prämienverbilligung und profitieren von verschiedensten Vergünstigungen. Niemand muss hungern und niemand muss auf der Strasse leben.

Samuel Balsiger (SVP): Der Sonntagsblick untersuchte im letzten Jahr, welche Parteien am stärksten mit dem Gesundheitswesen verhandelt sind: «Am meisten Mandate hat die SP-Fraktion gesammelt: 58 Verbindungen ins Gesundheitswesen lassen sich anhand des Registers der Interessenbindungen belegen, drei mehr, als die Fraktion Mitglieder hat.» Sie sind es, die mit Verwaltungsratsmandaten abkassieren, während der Mittelstand unter den hohen Prämien leidet. Die Prämien sind nicht wie versprochen gesunken, sondern verdoppelten sich. Das ist SP-Politik und die Vernichtung des Mittelstands.

Walter Anken (SVP): Die Aussage bezüglich Emil Frey kann ich nicht stehen lassen: Sie müssen sich bewusstmachen, wie viele Menschen von dieser Firma leben. Zum Thema Steueroptimierung: Wenn ich ein altes Haus kaufe, schaffe ich Arbeit für Handwerker. Diese bezahlen wiederum Steuern. Darum ist es auch gut, wenn das von den Steuern abgezogen werden kann. Schliesslich bezahle ich zusätzlich den Eigenmietwert.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Wir sind beim Traktandum KulturLegi, auch wenn die Debatte nun eine andere Richtung einschlug. Der Missbrauch der KulturLegi ist kein grosses gesellschaftliches Problem. Die KulturLegi ist eine ausgezeichnete Institution und vor allem eine sehr günstige Institution, mit der den Menschen, die über wenig Geld verfügen, Zugang zu kulturellen, sportlichen und anderen Institutionen ermöglicht wird, zu denen sie ohne die KulturLegi aus finanziellen Gründen über keinen Zugang verfügten. Das Ausgezeichnete ist, dass sowohl Menschen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, als auch solche in der Sozialhilfe und solche mit tiefen Einkommen gleichbehandelt werden. Es wird dafür gesorgt, dass diese Gruppe von Menschen Zugang erhält. Wer Anspruch auf eine KulturLegi erhebt, muss selbstverständlich die finanzielle Situation offenlegen, die dann überprüft wird. Bezüglich der Steuerdaten ging es darum, ob wir von der Stadt aus den Berechtigten bereits aufgrund der Steuerdaten automatisch eine KulturLegi zukommen lassen können. Das ist aufgrund des Steuergeheimnisses und des Zugangs nicht möglich. Es ist das Recht von Organisationen wie dem Verein Caritas Zürich, sich politisch zu betätigen: Sie leisten sehr viel für den sozialen Zusammenhalt. Die KulturLegi ist ein ausgezeichnetes Instrument, das wir verstärkt ausbauen wollen. Darum begrüsse ich, dass wir mit der Überweisung des Postulats den Auftrag zur Überprüfung erhalten, wie der Zugang verbessert und das Angebot erweitert werden können. Mit keiner anderen Massnahme kann so günstig Sozialpolitik betrieben werden.

5 / 5

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Mathias Manz (SP), Referent; Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Vizepräsident Markus Baumann (GLP), Ezgi Akyol (AL), Alexander Brunner (FDP), Marco Geissbühler (SP), Nadia Huberson (SP), Raphael Kobler (FDP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)
Abwesend: Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Verein Caritas Zürich wird für die Jahre 2019–2021 ein jährlicher Maximalbeitrag von insgesamt Fr. 84 500.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) gewährt für:

- a. das Angebot «Legitimationskarte KulturLegi» (jährlich leistungsorientiert höchstens Fr. 49 500.–) sowie für
- b. das Angebot «Zürich unbezahlbar» (jährlich höchstens Fr. 35 000.–).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. März 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Mai 2019)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat